

## **Niederschrift**

---

**RAT/IX/047**

**Rat der Stadt Korschbroich**

**Donnerstag, 03.09.2020, 18:00 Uhr**

**Ratssaal, Don-Bosco-Str. 6, 41352 Korschbroich**

### **Tagesordnung**

#### **I. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner**

Vor Beginn des öffentlichen Teils der Sitzung ist den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Korschbroich Gelegenheit gegeben, Fragen sowohl mündlich als auch schriftlich an Rat und Verwaltung zu richten.

#### **II. Öffentlicher Teil**

1. Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin
2. Benennung eines Mitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift
3. Finanzbericht zum Haushalt 2020  
Vorlage: IX/1379
4. Beschlussfassung zum Gesamtabchluss gemäß §116 a GO NRW  
Vorlage: IX/1381
5. Darlehensbericht zum 30.06.2020  
Vorlage: IX/1384
6. Jahresabschluss zum 31.12.2019 und Lagebericht des Eigenbetriebes Stadtpflege für das Wirtschaftsjahr 2019  
hier: Beschlussfassung  
Vorlage: IX/1346/1
7. Ergebnisverwendung des Eigenbetriebes Stadtpflege für das Wirtschaftsjahr 2019  
hier: Beschlussfassung  
Vorlage: IX/1348/1
8. Jahresabschluss zum 31.12.2019 und Lagebericht des Städtischen Abwasserbetriebes Korschbroich für das Wirtschaftsjahr 2019  
hier: Beschlussfassung  
Vorlage: IX/1347/1

9. Ergebnisverwendung des Städtischen Abwasserbetriebes Korschenbroich für das Wirtschaftsjahr 2019  
hier: Beschlussfassung  
Vorlage: IX/1349/1
10. Abwasserbeseitigungskonzept 2021 der Stadt Korschenbroich gem. Landeswassergesetz NW  
hier: Beschlussfassung des Abwasserbeseitigungskonzeptes 2021 Teil 1 und 2  
Vorlage: IX/1342/1
11. Standortkonzept für die Altkleidersammlung in der Stadt Korschenbroich  
hier: Beschlussfassung  
Vorlage: IX/1352/1
12. Beschluss über den Jahresabschluss 2019 der Rehabilitationsklinik Korschenbroich Bau GmbH  
Vorlage: IX/1378
13. Beschaffung von neuen Stühlen für die Aula des Gymnasiums Korschenbroich – Genehmigung zur Leistung überplanmäßiger Auszahlungen gemäß § 83 GO NRW  
Vorlage: IX/1383
14. Sofortausstattungsprogramm des Bundes zur Digitalisierung an Schulen  
Vorlage: IX/1338/1
15. Änderung der Rechnungsprüfungsordnung der Stadt Korschenbroich  
hier: Beschlussfassung  
Vorlage: IX/1354/1
16. Änderung der Vergabeordnung der Stadt Korschenbroich  
hier: Beschlussfassung  
Vorlage: IX/1353/1
17. Aktuelle Folgen des Klimawandels in den Bereichen Forst und Naturschutz/Landschaftspflege  
Vorlage: IX/1376/1
18. Forstwirtschaftsplan 2021  
Vorlage: IX/1375/1
19. Förderprogramm "Hausbaum"  
Traditionelles Kulturlandschaftselement und Beitrag zum Arten- und Klimaschutz  
hier: Aufstellungsbeschluss  
Vorlage: IX/1293/2
20. Planfeststellungsverfahren Kapazitätserweiterung Flughafen Düsseldorf  
hier: Stellungnahme der Stadt Korschenbroich im Rahmen der erneuten Beteiligung  
Vorlage: IX/1377/1
21. 9. vereinfachte Änderung des Bebauungsplans Nr. 40/1 "Steinhausen"  
hier: Satzungsbeschluss  
Vorlage: IX/1303/3
22. ÖPNV-Anbindung des Gewerbegebietes Glehner Heide  
Vorlage: IX/1345/1

23. Antrag der FDP-Ratsfraktion: Finanzierungs- und Nutzungskonzept für Fahrradboxen
24. Antrag der FDP-Ratsfraktion: Antrag für vier zusätzliche verkaufsoffene Sonntage im 2. Halbjahr 2020
25. Beantragung von Fördermitteln aus dem Förderprogramm „Dorferneuerung“ des Landes NRW  
Vorlage: IX/1385
26. Mitteilungen
27. Anfragen von Ratsmitgliedern

### **III. Nichtöffentlicher Teil**

1. Verkauf einer Fläche in Korschenbroich (wird als Tischvorlage vorgelegt)  
Vorlage: IX/1372/1
2. Ankauf einer Fläche in Herrenshoff (wird als Tischvorlage vorgelegt)  
Vorlage: IX/1373/1
3. Verkauf einer Fläche in Kleinenbroich (wird als Tischvorlage vorgelegt)  
Vorlage: IX/1374/1
4. Mitteilungen
5. Anfragen von Ratsmitgliedern



**Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Andretzky, Jochen	Ratsmitglied
Kresse, Martin	Ratsmitglied

**Ratsfraktion Grüne Realos**

Houben, Wolfgang	Ratsmitglied
Lufen, Sabine	Ratsmitglied

**FDP-Ratsfraktion**

Gruhl, Hermann-Joseph	Ratsmitglied
Wolf-Kluthausen, Hanne	Ratsmitglied

**Ratsfraktion ULLi/Zentrum**

Makowiack, Bernd	Ratsmitglied
------------------	--------------

**Verwaltung**

Dückers, Thomas	Beigeordneter Stadtkämmerer
Onkelbach, Georg	Beigeordneter
Drohen, Markus	Leiter Amt 10/Personal
Ratz, Franziska	Schriftführerin

Nicht anwesend

**CDU-Ratsfraktion**

Becker, Ute	Ratsmitglied
-------------	--------------

**Ratsfraktion Die Aktive**

Schmier, Rolf	Ratsmitglied
---------------	--------------

**Ratsfraktion ULLi/Zentrum**

Hübgens, Wolfgang	Ratsmitglied
-------------------	--------------

## **Niederschrift**

Der Bürgermeister Marc Venten eröffnet die 47. Sitzung des Rates der Stadt Korschenbroich und stellt fest, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde.

Weiter stellt er fest, dass der Rat der Stadt Korschenbroich beschlussfähig ist.

Einwendungen werden nicht erhoben.

Zunächst erkundigt sich Bürgermeister Marc Venten, ob die Entscheidung der Verwaltung, die Tagesordnung um die fristgerecht eingegangenen Anträge der FDP zu erweitern, die zuvor auf der Tagesordnung vergessen wurden, in Ordnung gewesen sei. Hiergegen werden keine Einwendungen hervorgebracht.

Vor Eintritt in die Tagesordnung schlägt Bürgermeister Marc Venten vor, auf Vorschlag der Verwaltung, gemäß § 11 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Rates und der Ausschüsse die Tagesordnung um den Punkt II./25. „Beantragung von Fördermitteln aus dem Programm Dorferneuerung des Landes NRW“ im Wege der Dringlichkeit zu erweitern.

Der Rat der Stadt Korschenbroich beschließt einstimmig die Tagesordnung wie folgt zu erweitern:

Öffentlicher Teil

II./25. Tischvorlage IX/1385 Beantragung von Fördermitteln aus dem Programm „Dorferneuerung“ des Landes NRW

Die Nummerierung der ursprünglichen Tagesordnungspunkte ändert sich entsprechend

### **I. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner**

Vor Beginn des öffentlichen Teils der Sitzung ist den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Korschenbroich Gelegenheit gegeben, Fragen sowohl mündlich als auch schriftlich an Rat und Verwaltung zu richten.

### **II. Öffentlicher Teil**

#### **1. Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin**

Zur Fertigung dieser Niederschrift wird die Stadtinspektorin Franziska Ratz einstimmig bestellt.

#### **2. Benennung eines Mitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift**

Als Mitglied zur Mitunterzeichnung dieser Niederschrift wird das Ratsmitglied Wolfgang Houben einstimmig bei einer Stimmenthaltung benannt.

### **3. Finanzbericht zum Haushalt 2020**

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers erläutert ausführlich den Zwischenbericht zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den städtischen Haushalt, der den Ratsmitgliedern bereits vorliege.

Das Ratsmitglied Thomas Siegers (CDU) erkundigt sich, inwiefern es bereits Informationen für den Stärkungspakt über das Jahr 2020 hinaus gebe und wann und wie über die Isolation der Pandemie-Folgekosten gesprochen werde.

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers erwidert, dass es bezüglich des Stärkungspaktes noch keine Informationen gebe und zu den Pandemie-Folgekosten ein Gesetzesentwurf vorliege, der jedoch noch nicht verabschiedet sei.

Diesbezüglich hakt das Ratsmitglied Thomas Siegers nach, ob dann der Rat über das weitere Vorgehen entscheide, was seitens des Beigeordneten Stadtkämmerers bestätigt wird.

Das Ratsmitglied Albert Richter (SPD) äußert, dass der neue Rat nach der Kommunalwahl recht zeitnah über den Haushalt zu entscheiden habe und erfragt, ob es bis dahin andere Regularien für kommunale Haushalte gebe als bisher und ob es dann weiterhin eine Pflicht zum Haushaltsausgleich gebe.

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers entgegnet, dass man den Haushalt unter denselben Regeln aufstelle wie üblich und es nur in diesem Jahr die Fiktion eines ausgeglichenen Haushaltes gebe.

Das Ratsmitglied Bernd Makowiack (ULLi/Zentrum) kritisiert, dass die genannten 2,5 Millionen Euro lediglich dem minimalen Defizit entsprächen und es ebenso gut 7 Millionen Euro sein könnten. Es handle sich bei allen Zahlen lediglich um Prognosen, daher stehe alles auf „tönernen Füßen“.

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers sagt, dass es zu dem jetzigen Zeitpunkt selbstverständlich nur möglich sei, Prognosen aufzustellen.

Bürgermeister Marc Venten pflichtet ihm bei und erläutert, dass man eben nicht wisse, in welcher Höhe die Ausgleichzahlungen durch Bund und Länder erfolgen werden, dass es aber sicherlich Zahlungen geben werde.

#### Beschluss-Nr. IX/1379

Der Rat der Stadt Korschenbroich nimmt den Finanzbericht zu den Auswirkungen der Corona Pandemie auf den städtischen Haushalt zur Kenntnis.

### **4. Beschlussfassung zum Gesamtabschluss gemäß §116 a GO NRW**

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers erläutert, dass durch das 2. NKF-Weiterentwicklungsgesetz die Möglichkeit eingeräumt wurde, unter bestimmten Voraussetzungen auf die Aufstellung eines Gesamtabschlusses zu verzichten. Die Kämmerei schlägt vor, diese Möglichkeit wahrzunehmen, da die Stadt Korschenbroich die geforderten Kriterien erfülle. Ein Beteiligungsbericht werde dennoch erstellt und dem Rat in der nächsten Sitzung nach der Wahl vorgestellt.

Das Ratsmitglied Jochen Andretzky (Bündnis 90/Die Grünen) erkundigt sich, warum dies nicht im Hauptausschuss vorberaten wurde. Weiterhin seien die Zahlen unter der Ziffer 2 nicht richtig

dargestellt. Hier seien der Umsatz und der Erlös durcheinander gebracht worden. Er bittet daher um Korrektur der Vorlage.

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers erwidert, dass die Zahlen seines Erachtens richtig seien.

Dem beipflichtend erläutert das Ratsmitglied Albert Richter, dass bei den Erträgen der Stadt selbstverständlich nur die abgeführten Gewinne der Beteiligungen berücksichtigt werden könnten und nicht der gesamte Umsatz, da es sich um selbstständige Betriebe handle. Die Zahlen seien daher logisch.

Auch der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers erklärt, dass lediglich die Gewinne und nicht der Umsatz im Haushalt der Stadt wiederzufinden seien. Diese würden wiederum unter den Erträgen berücksichtigt und überstiegen die Gesamterträge der Stadt nicht um 5,5 %. Daher seien die Begrifflichkeiten, sowie die Zahlen richtig.

Das Ratsmitglied Peter-Josef Fels (SPD) bestätigt die Richtigkeit der Zahlen und gibt gleichzeitig zu bedenken, dass es an dieser Stelle nicht um die Klärung einzelner Zahlen, sondern um eine grundlegende Entscheidung gehe. Auch wenn man sich gegen die Aufstellung eines Gesamtabchlusses entschiede, wäre es dennoch wünschenswert, dass die Stadt den Rat über die entsprechenden Bilanzen und Zahlen der einzelnen Beteiligungen informiert. Außerdem solle dies im Rechnungsprüfungsausschuss vorgestellt werden, damit es weniger „Blindflüge“ bei Ausgaben gebe.

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers bekräftigt, dass dieser Beschluss die Stadt nicht von der Pflicht entbinde, bestimmte Zahlen, wie auch den Beteiligungsbericht, vorzulegen.

Bürgermeister Marc Venten verspricht, dass es selbstverständlich nicht darum gehe, dem Rat Informationen vorzuenthalten, die er zum Arbeiten benötige.

Nach einer weiteren Diskussion über die Richtigkeit der Zahlen fragt Bürgermeister Marc Venten, ob die Sache nun abstimmungsfähig sei und verspricht, dass eine entsprechende Erläuterung der Zahlen zu Protokoll gegeben werde.

*(Anmerkung der Verwaltung:*

*Bei der Sachdarstellung zur Beschlussfassung zum Gesamtabchluss gem. § 116a GO NRW wurden beim zweiten Befreiungsmerkmal irrtümlich die Werte des „ordentlichen Ergebnisses“ ausgewiesen, richtig wären die Werte der „ordentlichen Erträge“.*

*Merkmal 2 stellt sich daher wie folgt dar:*

- 1. Die der Gemeinde zuzurechnenden Erträge aller vollkonsolidierungspflichtigen verselbständigten Aufgabenbereiche nach §116 Abs. 3 GO NRW machen insgesamt weniger als 50% der ordentlichen Erträge der Gesamtergebnisrechnung der Gemeinde aus.*

*Ordentliche Erträge:*

<i>Stadt Korschenbroich</i>	<i>74.210.197 €</i>
<i>Stadtpflegebetrieb</i>	<i>3.850.495 €</i>
<i>Städt. Abwasserbetrieb</i>	<i>9.252.004 €</i>
<i>Reha Bau GmbH</i>	<i>1.461.373 €</i>
<i>WEK</i>	<i>1.347.776 €</i>
<i>Gesamtsumme</i>	<i>15.911.648 €</i>

*Damit ist Punkt 2 auch erfüllt, da die ordentlichen Erträge der verselbständigten Aufgabenbereiche lediglich 21,4% der ordentlichen Erträge der Gesamtergebnisrechnung der Stadt ausmachen.)*



Beschluss-Nr. IX/1381

Der Rat beschließt auf die Aufstellung eines Gesamtabchlusses zum 31.12.2019 gemäß § 116a Abs. 2 Satz 1 GO NRW zu verzichten.

Abstimmungsergebnis:      40 Stimmen dafür  
   0 Stimmen dagegen  
   0 Stimmenthaltungen

**5. Darlehensbericht zum 30.06.2020**

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers verweist auf die vorliegende Auflistung und führt zudem aus, dass einer der Liquiditätskredite Ende des Monats ausliefe und man nach Verhandlungen mit der Bank Kassenkredite in Höhe von 15 Millionen Euro zu einem Prozentsatz von 0,0 % auf acht Jahre verlängern werde.

Beschluss-Nr. IX/1384

Der Rat der Stadt Korschenbroich nimmt die Unterrichtung über die laufenden/aufgenommenen Kredite im 1. Halbjahr 2020 zur Kenntnis.

**6. Jahresabschluss zum 31.12.2019 und Lagebericht des Eigenbetriebes Stadtpflege für das Wirtschaftsjahr 2019  
hier: Beschlussfassung**

Bürgermeister Marc Venten verweist auf die Vorberatungen im Betriebsausschuss für den "Städtischen Entsorgungsbetrieb Korschenbroich" und lässt über den ersten und den zweiten Teil der Beschlussvorlage getrennt abstimmen.

Beschluss-Nr. IX/1346/1.1

Der Rat der Stadt Korschenbroich beschließt, den Jahresabschluss zum 31.12.2019 und den Lagebericht des Eigenbetriebes Stadtpflege für das Wirtschaftsjahr 2019 festzustellen.

Der Jahresabschluss 2019 besteht aus der Schlussbilanz zum 31.12.2019, der Gewinn- und Verlustrechnung für das Wirtschaftsjahr vom 01.01.2019 bis 31.12.2019, dem Anhang und dem Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2019.

Abstimmungsergebnis:      40 Stimmen dafür  
   0 Stimmen dagegen  
   0 Stimmenthaltungen

Wegen Befangenheit des Bürgermeisters übernimmt die stellvertretende Bürgermeisterin Monika Stevens den zweiten Teil der Abstimmung.

Beschluss-Nr. IX/1346/1.2

Darüber hinaus beschließen die Ratsmitglieder der Stadt Korschenbroich, dem Bürgermeister und der Betriebsleitung für das Wirtschaftsjahr 2019 vorbehaltlose Entlastung zu erteilen.

Abstimmungsergebnis: 39 Stimmen dafür  
0 Stimmen dagegen  
0 Stimmenthaltungen

**7. Ergebnisverwendung des Eigenbetriebes Stadtpflege für das Wirtschaftsjahr 2019  
hier: Beschlussfassung**

Bürgermeister Marc Venten verweist auf die Vorberatung im Betriebsausschuss für den "Städtischen Entsorgungsbetrieb Korschenbroich".

Das Ratsmitglied Bernd Makowiack betont, dass er diesem Beschluss nicht zustimmen könne. Er erachte es für falsch, den erwirtschafteten Ertrag auf neue Rechnung vorzutragen, anstatt ihn direkt dem Haushalt zuzuführen, sodass die Gewinne für zukünftige Ausgaben verwendet werden könnten.

Beschluss-Nr. IX/1348/1

Der Rat der Stadt Korschenbroich beschließt gegen eine Stimme der Fraktion ULLi/Zentrum, von dem ausgewiesenen Jahresüberschuss des Wirtschaftsjahres 2019 des Eigenbetriebes Stadtpflege von EUR 50.891,84 einen Betrag in Höhe von EUR 3.068,00 (6 % des zu verzinsenden Stammkapitals) an den städtischen Haushalt abzuführen.

Weiterhin wird vorgeschlagen, den restlichen Jahresüberschuss des Wirtschaftsjahres 2019 in Höhe von EUR 47.823,84 auf neue Rechnung vorzutragen und diesen mit dem bereits bestehenden Verlustvortrag zu verrechnen.

Abstimmungsergebnis: 39 Stimmen dafür  
1 Stimmen dagegen  
0 Stimmenthaltungen

**8. Jahresabschluss zum 31.12.2019 und Lagebericht des Städtischen Abwasserbetriebes Korschenbroich für das Wirtschaftsjahr 2019  
hier: Beschlussfassung**

Bürgermeister Marc Venten verweist auf die Vorberatungen im Betriebsausschuss für den "Städtischen Entsorgungsbetrieb Korschenbroich" und lässt über den ersten und den zweiten Teil der Beschlussvorlage getrennt abstimmen.

Beschluss-Nr. IX/1347/1.1

Der Rat der Stadt Korschenbroich beschließt, den Jahresabschluss zum 31.12.2019 und den Lagebericht des Städtischen Abwasserbetriebes Korschenbroich für das Wirtschaftsjahr 2019 festzustellen.

Der Jahresabschluss 2019 besteht aus der Schlussbilanz zum 31.12.2019, der Gewinn- und Verlustrechnung für das Wirtschaftsjahr vom 01.01.2019 bis 31.12.2019, dem Anhang und dem Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2019.

Abstimmungsergebnis:      40 Stimmen dafür  
                                     0 Stimmen dagegen  
                                     0 Stimmenthaltungen

Wegen Befangenheit des Bürgermeisters übernimmt die stellvertretende Bürgermeisterin Monika Stevens den zweiten Teil der Abstimmung.

Beschluss-Nr. IX/1347/1.2

Darüber hinaus beschließen die Ratsmitglieder der Stadt Korschenbroich, dem Bürgermeister und der Betriebsleitung für das Wirtschaftsjahr 2019 vorbehaltlose Entlastung zu erteilen.

Abstimmungsergebnis:      40 Stimmen dafür  
                                     0 Stimmen dagegen  
                                     0 Stimmenthaltungen

**9. Ergebnisverwendung des Städtischen Abwasserbetriebes Korschenbroich für das Wirtschaftsjahr 2019**  
**hier: Beschlussfassung**

Bürgermeister Marc Venten verweist auf die Vorberatung im Betriebsausschuss für den "Städtischen Entsorgungsbetrieb Korschenbroich".

Das Ratsmitglied Hanne Wolf-Kluthausen (FDP) teilt mit, dass die FDP-Ratsfraktion dem nicht zustimmen werde. Man halte die Entscheidung für eine Vernichtung des Eigenkapitals, deren Folgen langfristig die Bürger zu tragen hätten.

Das Ratsmitglied Hanns-Lothar Endell (Die Aktive) bestätigt dies. Auch die Aktive könne dem nicht zustimmen, da die dargestellten Geldflüsse die Bürger belasteten.

Das Ratsmitglied Peter-Josef Fels ist anderer Meinung als seine Vorredner. Er sehe in der Ergebnisverwendung keine Belastung für die Bürger. Der städtische Entsorgungsbetrieb habe die Aufgabe, eine funktionierende Kanalisation für die Stadt herzustellen und aufrecht zu erhalten und dieser Aufgabe komme er auch nach. Das Problem liege im Praktischen. So sei es äußerst schwierig, Ingenieure zu finden, die zügig Aufträge entgegen nehmen. Die Ergebnisverwendung stelle keine Gefährdung des städtischen Entsorgungsbetriebes dar und es werde den Bürgern auch nicht in die Tasche gegriffen. In Korschenbroich blieben die Beiträge für Abwasser konstant, wohingegen es in anderen Städten zu stetigen Steigerungen und deutlich höheren Beiträgen käme. Die Leistungen des Abwasserbetriebes seien zufriedenstellend, ebenso wie diese wirtschaftliche Entscheidung.

Das Ratsmitglied Bernd Makowiack spricht von Beträgen in Höhe von 1,5 Millionen Euro, die aufgrund von Gewinnvorträgen in den Haushalt eingestellt werden. Dies belaste selbstverständlich die Gebühren. Da dieses Geld für Investitionen fehle, könne er der Entscheidung ebenfalls nicht zustimmen.

Das Ratsmitglied Jochen Andretzky statuiert, dass sich die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei der Abstimmung enthalten werden. Die Auflösung der Sonderposten entspräche einer Entziehung von Liquidität und sei daher kritikwürdig.

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers kritisiert, dass diejenigen, die die Ergebnisverwendung ablehnten, dann auch erläutern müssten, wie die Finanzlücke stattdessen geschlossen werden solle. Die zu entscheidende Gewinnausschüttung wäre schon lange so geplant gewesen, was er bereits in seiner Haushaltrede verdeutlicht hatte.

Das Ratsmitglied Albert Richter gibt zu bedenken, dass die Betriebe zum Gesamtvermögen der Stadt gehörten und dass das Geld sonst an anderer Stelle fehle. Verluste im Haushalt könnten ohne diese Gewinnausschüttung nicht gedeckt werden. Somit werde indirekt die Grundsteuer entlastet. Die geplante Ergebnisverwendung sei daher sinnvoll.

#### Beschluss-Nr. IX/1349/1

Der Rat der Stadt Korschenbroich beschließt gegen die Stimmen der FDP-Ratsfraktion, der Fraktion ULLi/Zentrum und der Fraktion Die Aktive, sowie bei Stimmenthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Empfehlung des Betriebsausschusses, ...

Variante B: von dem Jahresüberschuss des Wirtschaftsjahres 2019 des Städtischen Abwasserbetriebes Korschenbroich von EUR 1.708.894,48 einen Betrag in Höhe von EUR 729.485,00 (entspricht einer Eigenkapitalverzinsung von rd. 3,72 % des gesamten Eigenkapitals von EUR 19.622.237,60) an den städtischen Haushalt abzuführen. Dieser Betrag beinhaltet den zusätzlich jährlich abzuführenden Betrag von EUR 300.000,00 im Rahmen des Haushaltssanierungsplanes.

Darüber hinaus soll der Ertrag aus der Auflösung des Sonderpostens für Landeszuweisungen vor 2006 (Umqualifizierung der zweckgebundenen Rücklage aus Landeszuweisungen und Zuwendungen Dritter gemäß Beschluss des Rates der Stadt Korschenbroich vom 28.11.2019) in Höhe von EUR 168.211,99 zusätzlich an den städtischen Haushalt abgeführt werden (abzuführender Gesamtbetrag für 2019 EUR 897.696,99). Der restliche Jahresüberschuss 2019 in Höhe von EUR 811.197,49 soll als Gewinnvortrag auf neue Rechnung vorgetragen werden und der Gewinnvortrag des verbleibenden restlichen Jahresüberschusses 2017 in Höhe von EUR 546,00 zusätzlich an die Stadt Korschenbroich ausgeschüttet werden. Des Weiteren soll der Gewinnvortrag des verbleibenden Jahresüberschusses 2018 in Höhe von EUR 601.043,76 zusätzlich an die Stadt Korschenbroich ausgeschüttet werden. Somit werden insgesamt EUR 1.499.286,75 an den städtischen Haushalt abgeführt.

Abstimmungsergebnis:        31 Stimmen dafür  
   7 Stimmen dagegen  
   2 Stimmenthaltungen

#### **10. Abwasserbeseitigungskonzept 2021 der Stadt Korschenbroich gem. Landeswassergesetz NW** **hier: Beschlussfassung des Abwasserbeseitigungskonzeptes 2021 Teil 1 und 2**

Bürgermeister Marc Venten verweist auf die Vorberatungen im Betriebsausschuss für den "Städtischen Entsorgungsbetrieb Korschenbroich".







**15. Änderung der Rechnungsprüfungsordnung der Stadt Korschenbroich  
hier: Beschlussfassung**

Bürgermeister Marc Venten verweist auf die Vorberatungen im Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich.

Beschluss-Nr. IX/1354/1

Der Rat der Stadt Korschenbroich beschließt die Änderung der Rechnungsprüfungsordnung in der vorliegenden Fassung.

Abstimmungsergebnis: 40 Stimmen dafür  
0 Stimmen dagegen  
0 Stimmenthaltungen

**16. Änderung der Vergabeordnung der Stadt Korschenbroich  
hier: Beschlussfassung**

Bürgermeister Marc Venten verweist auf die Vorberatungen im Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich.

Beschluss-Nr. IX/1353/1

Der Rat der Stadt Korschenbroich beschließt die Änderung der Vergabeordnung in der vorliegenden Fassung.

Abstimmungsergebnis: 40 Stimmen dafür  
0 Stimmen dagegen  
0 Stimmenthaltungen

**17. Aktuelle Folgen des Klimawandels in den Bereichen Forst und Naturschutz/Landschaftspflege**

Bürgermeister Marc Venten verweist auf die Vorberatungen im Ausschuss für Umwelt, Grundwasser, Energie und Klimaschutz der Stadt Korschenbroich.

Beschluss-Nr. IX/1376/1

Der Rat beschließt auf Empfehlung des Ausschusses für Umwelt, Grundwasser, Energie und Klimaschutz für das kommende Haushaltsjahr Mittel in Höhe von insgesamt 40.000,- € für erhöhten Pflegebedarf infolge des Klimawandels für die Bereiche Forst (20.000,- €) und Naturschutz/Landschaftspflege (20.000,- €) bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis: 40 Stimmen dafür  
0 Stimmen dagegen  
0 Stimmenthaltungen



## **18. Forstwirtschaftsplan 2021**

Bürgermeister Marc Venten verweist auf die Vorberatungen im Ausschuss für Umwelt, Grundwasser, Energie und Klimaschutz der Stadt Korschenbroich.

Beschluss-Nr. IX/1375/1

Der Rat beschließt auf Empfehlung des Ausschusses für Umwelt, Grundwasser, Energie und Klimaschutz vom 01.09.2020 den Forstwirtschaftsplan für das Jahr 2021.

Abstimmungsergebnis: 40 Stimmen dafür  
0 Stimmen dagegen  
0 Stimmenthaltungen

## **19. Förderprogramm "Hausbaum" Traditionelles Kulturlandschaftselement und Beitrag zum Arten- und Klimaschutz hier: Aufstellungsbeschluss**

Bürgermeister Marc Venten verweist auf die mehrfachen Vorberatungen im Ausschuss für Umwelt, Grundwasser, Energie und Klimaschutz der Stadt Korschenbroich.

Beschluss-Nr. IX/1293/2

Der Rat der Stadt Korschenbroich beschließt die als Anlage beigefügte Förderrichtlinie "Hausbaum".

Abstimmungsergebnis: 40 Stimmen dafür  
0 Stimmen dagegen  
0 Stimmenthaltungen

## **20. Planfeststellungsverfahren Kapazitätserweiterung Flughafen Düsseldorf hier: Stellungnahme der Stadt Korschenbroich im Rahmen der erneuten Beteiligung**

Bürgermeister Marc Venten verweist auf die mehrfachen Vorberatungen im Ausschuss für Umwelt, Grundwasser, Energie und Klimaschutz der Stadt Korschenbroich.

Beschluss-Nr. IX/1377/1

Der Rat stimmt der als Anlage 1 beigefügten Stellungnahme der Stadt Korschenbroich im erneuten Beteiligungsverfahren zur Kapazitätserweiterung Flughafen Düsseldorf abschließend zu und beauftragt die Verwaltung, die Bezirksregierung entsprechend zu unterrichten.

Abstimmungsergebnis: 40 Stimmen dafür  
0 Stimmen dagegen  
0 Stimmenthaltungen



### **23. Antrag der FDP-Ratsfraktion: Finanzierungs- und Nutzungskonzept für Fahrradboxen**

Das Ratsmitglied Hanne Wolf-Kluthausen verweist auf die umfangreiche Darstellung im Antrag ihrer Fraktion und betont, dass der ÖPNV gestärkt werden solle. Man habe bereits 103 Fahrradboxen, jedoch sei die Nachfrage so groß, dass diese Boxen bei Weitem nicht ausreichend seien, um den Bedarf zu decken.

Das Ratsmitglied Thomas Siegers erachtet solche Fahrradboxen als sinnvoll im Sinne einer Steigerung der Attraktivität des ÖPNV. Es sei auch gut, dass der Antrag bereits Ideen zur Finanzierung der Boxen enthalte, auch wenn er manche dieser Ideen für schwer umsetzbar hielte. Da es sich um finanzielle Fragen handle, sollten sie lieber im Rahmen der anstehenden Haushaltsberatungen aufgegriffen werden. Bis dahin habe die Verwaltung die Möglichkeit, die Umsetzbarkeit zu überprüfen.

Auch das Ratsmitglied Albert Richter empfiehlt eine Vertagung in die Haushaltsberatungen. So könne bis dahin beispielsweise mit den örtlichen Fahrradhändlern besprochen werden, ob und inwieweit diese sich an der Umsetzung beteiligen wollen. Es sei notwendig, zunächst ein Konzept zu erstellen, damit dann der von der Stadt zu finanzierende Restbetrag in den Haushalt aufgenommen werden könne.

Das Ratsmitglied Hanne Wolf-Kluthausen bekräftigt, dass man von vorneherein davon ausgegangen war, dass zunächst ein Konzept erarbeitet und die Finanzierung überprüft werden müsse.

Das Ratsmitglied Jochen Andretzky begrüßt den Antrag der FDP. Er halte die Errichtung von Mobilitätsstationen für eine gute Idee. Er empfiehlt, dies vorher auch im Ausschuss für Bau und Verkehr im Detail zu beraten.

Der Beigeordnete Georg Onkelbach gibt zu bedenken, dass der Ausschuss für Bau und Verkehr erst am 15.12. wieder tagen und der Haushalt bereits am 17.12. verabschiedet werde. Er verspricht, ein diskussionsfähiges Papier bis zu den Haushaltsberatungen vorzulegen.

#### Beschluss-Nr.

Der Rat der Stadt Korschenbroich beschließt, den Antrag der FDP-Ratsfraktion bezüglich eines Finanzierungs- und Nutzungskonzeptes für Fahrradboxen in die Haushaltsberatungen zu vertagen.

Abstimmungsergebnis:      40 Stimmen dafür  
   0 Stimmen dagegen  
   0 Stimmenthaltungen

### **24. Antrag der FDP-Ratsfraktion: Antrag für vier zusätzliche verkaufsoffene Sonntage im 2. Halbjahr 2020**

Das Ratsmitglied Hanne Wolf-Kluthausen führt aus, dass es aufgrund des Erlasses der Landesregierung nun möglich sei, in jedem noch kommenden Monat dieses Jahres einen verkaufsoffenen Sonntag zu veranstalten. Da der Einzelhandel sehr unter den Folgen der Pandemie leide, sei dies eine gute Möglichkeit. Ebenso könne die Gastronomie mit einbezogen werden.

Bürgermeister Marc Venten verweist auf ein Urteil des OVG Münster, welches die FDP bei der Antragstellung noch nicht gekannt haben könne, da dies sehr aktuell sei. Die Gewerkschaft Verdi habe gegen Pläne in Lemgo und Bad Salzuflen geklagt. Infolgedessen habe das OVG im Eilverfahren am 28.08.2020 entschieden, dass Öffnungen an Sonntagen rechtswidrig seien, wenn die durch Corona bedingten Umsatzeinbußen der einzige Grund dafür seien. Der verkaufsoffene Sonntag dürfe nicht die prägende Veranstaltung sein. Er empfiehlt der FDP-Ratsfraktion daher, den Antrag zurückzuziehen, da er diesen sonst vermutlich beanstanden müsse.

Das Ratsmitglied Thomas Siegers führt aus, dass verkaufsoffene Sonntage grundsätzlich zu unterstützen seien und man daher prüfen sollte, ob sich nicht noch ein Anlass finde.

Bürgermeister Marc Venten betont, dass die Veranstaltung der Grund sein müsse, weshalb die Menschen die Stadt aufsuchten. Dieser Anlass müsse im Mittelpunkt stehen. Dies sei jedoch in der aktuellen Situation mit einem erheblichen Aufwand verbunden. Das Problem sei, dass man den gesamten Ortskern absperren müsste, damit man jederzeit kontrollieren kann, wie viele Leute sich auf dem Gelände befinden, Abstände müssten eingehalten und kontrolliert werden, es dürfe keine Verkaufsstände mit Lebensmitteln geben und alle Veranstaltungen mit über 1000 Besuchern müssten dem Landesgesundheitsamt gemeldet werden.

Das Ratsmitglied Hanne Wolf-Kluthausen erkundigt sich, ob für das laufende Jahr noch verkaufsoffene Sonntage geplant seien.

Bürgermeister Marc Venten erläutert, dass man ursprünglich gemeinsam mit dem Cityring Korschenbroich am 20.09.2020, dem Tag des Herbstfestes, einen verkaufsoffenen Sonntag durchführen wollte. Man habe ein kleines Rahmenprogramm mit Musikern und Kunst im Straßenraum veranstalten wollen. Dieses Vorhaben sei jedoch aufgrund der Rechtsprechung des OVG hinfällig, da dies nicht als Anlass für einen verkaufsoffenen Sonntag ausreiche. Wegen der hohen Auflagen und dem damit verbundenen hohen Aufwand, haben der Cityring Korschenbroich und die Wirtschaftsförderung entschieden, weitergehende Veranstaltungen abzusagen. So werde es vermutlich mit den weiteren Terminen in diesem Jahr ebenfalls sein.

Das Ratsmitglied Bernd Makowiack teilt mit, dass in vielen Städten derartige Veranstaltungen mit verkaufsoffenen Sonntagen geplant gewesen seien, die nun abgesagt werden müssten. Bis zum Ende des Jahres dürften keine Straßenfeste und ähnliches stattfinden. Auch wenn es zu befürworten gewesen wäre, gehe dies nun nicht mehr. Die Gesundheit aller Beteiligten gehe aber selbstverständlich vor.

Das Ratsmitglied Jochen Andretzky betont, dass der Erlass als Ausgangspunkt ursprünglich gedacht war, um die Veranstaltung eines verkaufsoffenen Sonntages zu erleichtern. Durch die Rechtsprechung des OVG Münster als Reaktion auf den Erlass und somit indirekt durch den Erlass, seien die Anforderungen eher gestiegen. Dies sei folglich „ein Schuss ins Knie“ gewesen. Er gibt jedoch auch zu bedenken, dass viele Geschäfte während der Corona-Zeit gar nicht sonntags öffnen wollten, weil der Aufwand höher als der Gewinn gewesen wäre.

Das Ratsmitglied Hanne Wolf-Kluthausen zieht den Antrag der FDP-Ratsfraktion zurück.

## **25. Beantragung von Fördermitteln aus dem Förderprogramm „Dorferneuerung“ des Landes NRW**

Bürgermeister Marc Venten verweist auf die Tischvorlage und erläutert diesbezüglich, dass es sich um die Umsetzung der Rahmenplanung Glehn handle und dass dem Rat diesbezüglich eine Skizze des Architekturbüros vorliege. Die Umgestaltung des Weges zu einer Allee stelle dabei einen Einstieg in die Umgestaltung des Pankratiusplatzes und seiner Umgebung dar. Es sei gut investiertes Geld, da die Umgestaltung die Glehner Ortsmitte sehr aufwerte.

Das Ratsmitglied Thomas Siegers bekräftigt, dass der Rahmenplan für Glehn bereits beschlossen sei und man diesen nun entsprechend umsetzen müsse. Die Allee stelle eine schöne Sichtachse dar und die Kosten, die für die Stadt anfielen, seien aufgrund des Förderprogrammes sehr überschaubar.

Das Ratsmitglied Albert Richter statuiert, dass eine solche Aufwertung niemals umsonst sei.

Das Ratsmitglied Jochen Andretzky kritisiert, dass man den Rahmenplan nie beschlossen habe. Im Jahre 2014 habe man zwar im Planungsausschuss darüber gesprochen, aber ein entsprechender Beschluss sei nicht gefasst worden. Die vorgesehene Planung führe zu Folgemaßnahmen. Er hinterfragt, wie das finanziert werden soll und warum die Kirche den Antrag nicht selber stelle, da sie als öffentlicher Träger antragsberechtigt sei.

Bürgermeister Marc Venten gibt zu verstehen, dass es Gründe dafür gebe, auf die er an dieser Stelle nicht weiter eingehen könne. Im nichtöffentlichen Teil der Sitzung würde er gerne noch mal darauf zurückkommen.

Das Ratsmitglied Jochen Andretzky hält es für sinnvoll, dass die Gesamtmaßnahme besprochen wird und nicht nur ein Ausschnitt dessen. So führe die Vergrößerung des Parkplatzes beispielsweise zu einer Verringerung der Grünflächen und dies könne doch nicht gewollt sein.

Bürgermeister Marc Venten stellt klar, dass es bei der zu treffenden Entscheidung jetzt jedoch nur um die Sichtachse gehe.

Der Beigeordnete Georg Onkelbach zeigt sich verwundert hinsichtlich der Ablehnung des Rahmenplanes. Dieser sei gemeinsam mit Bürgern in einer öffentlichen Veranstaltung ausgearbeitet worden und aus den Fraktionen sei diesbezüglich keine Rückmeldung eingegangen. Die Umsetzung des Planes am Jüchener Bach sehe bereits gut aus. Des Weiteren solle bei der Umsetzung der Gesamtmaßnahme der Grünanteil mindestens erhalten bleiben.

Ebenfalls verwundert über die Ablehnung ist das Ratsmitglied Albert Richter. So seien auf der Grundlage dieses Planes, auch wenn er vielleicht formal niemals beschlossen wurde, bereits viele Verhandlungen mit Bürgern geführt worden, weshalb er nun selbstverständlich auch umgesetzt werden sollte.

Dennoch kritisiert das Ratsmitglied Jochen Andretzky, dass der Tagesordnungspunkt nicht im Planungsausschuss beraten worden sei. Außerdem sei das Förderprogramm seit Anfang des Jahres offen. Eine Teilnahme wurde nie diskutiert und solle nun kurz vor knapp beschlossen werden. Er wolle in diesem Sinne noch einmal festhalten, dass man sich in dieser Sitzung nur für die Sichtachse und nicht für weitere Parkplätze entscheide.

Bürgermeister Marc Venten stellt fest, dass die Maßnahme im Planungsausschuss nicht vorberaten werden konnte, da die Kirche erst vor Kurzem an die Stadt herangetreten sei.

Dem fügt der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers zur Beruhigung hinzu, dass man sich in dieser Sitzung gar nicht für Parkplätze entscheiden könne, da diese nicht förderfähig seien.

Das Ratsmitglied Wolfgang Houben äußert, dass der auf Papier vorliegende Plan von dem an die Wand projizierten abweiche und man daher noch mal mit der Kirche besprechen solle, was genau geplant sei.

Das Ratsmitglied Hans-Willi Türks (CDU) pflichtet bei, dass noch genauere Planungen notwendig seien. Daher würde dies bestimmt auf die Tagesordnung des Planungsausschusses gesetzt werden und in diesem Rahmen könne man dann intensiv diskutieren. So sei laut Auskunft des Abwasserbetriebes ein neuer Kanal in diesem Bereich notwendig. Eine gemeinsame Umsetzung aller Maßnahmen wäre daher anzustreben. Unabhängig davon sei jedoch die Tatsache, dass der Weg umgestaltet werden und die entsprechenden Gelder beantragt werden sollten.

Das Ratsmitglied Albert Richter betont, dass es nun darum gehe, eine gewisse Betriebssicherheit in die Situation zu bringen. So bezögen die Pläne auch private Grundstücke mit ein und die Eigentümer müssten wissen, was geplant sei. Von Vorteil sei es, dass nun bereits ein Teilstück realisiert werden könne.

Das Ratsmitglied Bernd Makowiack moniert, dass die kurzfristige Planung der Kirche den Rat unter Zugzwang stelle. Er beantragt die Vertagung in den nichtöffentlichen Teil, damit den Ratsmitgliedern alle Hintergründe bekannt wären, bevor sie die Entscheidung zu treffen haben.

Bürgermeister Marc Venten negiert dies, da die Entscheidung als solche nicht geheimhaltungswürdig und eine Vertagung daher nicht zulässig sei.

Das Ratsmitglied Denis Teppler-Lenzen (SPD) stellt gem. § 13 Abs. 1 lit. a der Geschäftsordnung des Rates und der Ausschüsse der Stadt Korschenbroich einen Antrag auf Schluss der Aussprache. Der Rat beschließt einstimmig, die Aussprache zu beenden.

#### Beschluss-Nr. IX/1385

Der Rat der Stadt Korschenbroich beschließt bei zwei Stimmenthaltungen der Ratsfraktion Die Aktive und einer Enthaltung der Ratsfraktion ULLi/Zentrum, für die Maßnahme „Ausbau der Wegeachse Friedhof zur Kirche St. Pankratius“ in Glehn Fördermittel aus dem Förderprogramm „Dorferneuerung“ des Landes NRW zur Weiterleitung an die katholische Pfarrgemeinde Glehn zu beantragen. Zugleich wird die Finanzierung des Eigenanteils von voraussichtlich bis zu 15 % der zuwendungsfähigen Kosten zugesichert.

Abstimmungsergebnis:      37 Stimmen dafür  
   0 Stimmen dagegen  
   3 Stimmenthaltungen

## **26. Mitteilungen**

Bürgermeister Marc Venten teilt mit, dass es in diesem Jahr aufgrund der steigenden Corona-Zahlen keine öffentliche Wahlpräsentation gebe. Andere Städte würden ebenso verfahren. Zudem werde der Ratssaal als zusätzliche Briefwahlstätte benötigt.

Das Ratsmitglied Albert Richter erkundigt sich, ob alle Auszählungen dennoch öffentlich bleiben, was seitens des Bürgermeisters bestätigt wird.

## **27. Anfragen von Ratsmitgliedern**

- a) Das Ratsmitglied Hanns-Lothar Endell erkundigt sich, ob es für die Wahlhelfer eine Infoveranstaltung bezüglich der Umstände der Wahl gebe.  
Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers verneint dies und betont gleichzeitig, dass die Information schriftlich erfolge und Rückfragen jederzeit möglich seien.
- b) Das Ratsmitglied Jochen Andretzky möchte wissen, ob eine Information und Beratung der Anspruchsberechtigten auf das Bildungs- und Teilhabepaket stattfinde.  
Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers verspricht, dass man dieser Pflicht nachkommen werde. Jedoch seien noch Abstimmungen mit dem Kreis notwendig. Dieser erfrage grade, ob es Essensanbieter gebe, die im Bedarfsfall das Essen bereitstellen würden. Dies sei nicht ganz unproblematisch, da die Kühlkette und weitere Vorschriften eingehalten werden müssten. Man habe bisher absichtlich noch keine Infos herausgegeben, da eine rein theoretische Information der Berechtigten zwecklos sei, wenn der Anspruch noch nicht umgesetzt werden könne.  
Das Ratsmitglied Jochen Andretzky gibt zu bedenken, dass auch Gutscheine oder die Erstattung von Auslagen eine Möglichkeit gewesen wären, was jedoch seitens des Beigeordneten Stadtkämmerers Thomas Dückers verneint wird, da die Regelung klar besage, dass direkt ein Mittagessen zur Verfügung gestellt werden müsse.  
Das Ratsmitglied Albert Richter wundert sich, da diese Anfrage bereits vor kurzem kam, woraufhin eine Pressemitteilung seitens der Stadt erfolgte. Er bestärkt den Bürgermeister darin, es deutlich zu sagen, sofern es keine neuen Umstände gebe und eine solche Diskussion nicht erneut aufkeimen zu lassen.  
Das Ratsmitglied Bernd Makowiack teilt mit, dass es eine höchstrichterliche Rechtsprechung gebe, die das Abwälzen der Kosten auf die Kommunen in diesem Bereich als Verstoß gegen das Konnexitätsprinzip bewerte, weshalb zum Ende des Jahres eine neue Regelung zu erfolgen habe (BVerfG, Beschluss des Zweiten Senats vom 07. Juli 2020 - 2 BvR 696/12 -).
- c) Das Ratsmitglied Bernd Makowiack informiert, dass während des Starkregens die Feuerwehr wegen parkender Fahrzeuge nicht durch den Buchenweg fahren konnte. Außerdem könne die Müllabfuhr dort auf dem Wendehammer nicht wenden, sondern müsse rückwärts wieder aus der Straße fahren.
- d) Auf Wunsch von Herrn Hübgens fragt das Ratsmitglied Bernd Makowiack zudem nach, wie genau es mit der Maskenpflicht während der Wahl aussehe. So gebe es für die Wähler wohl keine grundsätzliche Maskenpflicht, für die Wahlhelfer jedoch schon.  
Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers entgegnet, dass das Wahlrecht weiter gehe als die Maskenpflicht. Man könne daher niemanden von der Wahl ausschließen, nur weil er sich weigere eine Maske zu tragen. In einem solchen Falle müsse man warten, bis alle anderen das Wahllokal verlassen haben. Für die Wahlvorstände habe man jedoch eine Maskenpflicht angeordnet.
- e) Das Ratsmitglied Martin Kresse setzt sich vehement für eine umfassende Information der Berechtigten in Bezug auf das Bildungs- und Teilhabepaket ein. Die Wirtschaftsförderung starte regelmäßig eine Informationsoffensive. Dies müsse auch in einem solchen

Fall möglich sein und es dürfe nicht sein, dass das Sozialamt nicht tätig werde. Dies sei eine absolute Ungleichbehandlung, die nicht hinzunehmen sei.

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers betont erneut, dass es nicht hilfreich sei, die Betroffenen über einen grundsätzlichen Anspruch zu informieren, wenn dieser noch nicht umgesetzt werden könne.

Bürgermeister Marc Venten weist die Unterstellung, dass das Sozialamt untätig sei, auf das Schärfste zurück. Das Problem sei, dass man einen Großteil der Berechtigten gar nicht kenne, da diese nicht bei unserem Sozialamt im SGB XII-Leistungsbezug seien, sondern Leistungen nach dem SGB II bezögen. Diese müssten folglich durch das Jobcenter informiert werden. Deswegen arbeite man derzeit zusammen mit dem Kreis an einer Lösung.

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers führt weitergehend aus, dass die Betroffenen durchaus Geld für Essen bekämen, da dies selbstverständlich im Regelsatz enthalten sei. Es gehe hier lediglich um einen Mehraufwand für das Schulessen.

- f) Das Ratsmitglied Hanns-Lothar Endell erfragt, ob man geprüft habe, ob man in den Briefkasten an der Sebastianusstraße hereingreifen könnte, da dies in einer vergangenen Sitzung als Auftrag an die Verwaltung gegeben wurde.

Bürgermeister Marc Venten sagt, dass dies überprüft und festgestellt wurde, dass dies nicht möglich sei.

- g) Das Ratsmitglied Marlene Hülser (CDU) erkundigt sich, ob es möglich sei, einen Papierkorb an der Bank in Richtung Friedhof Breitacker aufzustellen. Die Bank werde häufig abends durch Jugendliche genutzt, die dort Abfälle zurückließen.

Bürgermeister Marc Venten verspricht, dass dies geprüft werde.

- h) Das Ratsmitglied Peter-Josef Fels möchte wissen, ob in diesem Jahr mehr Briefwahlunterlagen angefordert wurden als üblich.

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers bestätigt dies. Bei der letzten Wahl habe es ungefähr 3.500 Briefwahlanträge gegeben, wohingegen in Bezug auf die diesjährige Wahl zum aktuellen Stand 7.000 Briefwahlanträge eingegangen seien. Dies entspreche ca. einem Viertel der Wahlberechtigten.

Hiermit bestätige ich, dass diese digitale Ausfertigung der Niederschrift mit dem Original übereinstimmt.

gez.

Marc Venten

Bürgermeister